

Ausgabe 4/2014

Aktuelles zur Mitbestimmung

Deutscher Betriebsrätepreis 2014 vergeben

Was ist der Deutsche Betriebsräte-Preis?

Der Deutsche Betriebsräte-Preis zeichnet seit 2009 das Engagement und die erfolgreiche Arbeit von Betriebsräten aus, die sich nachhaltig für den Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen oder für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Unternehmen einsetzen. Eine Jury aus DGB, Gewerkschaften, Wissenschaft und "Mitbestimmern" aus der Praxis trifft jedes Jahr eine Auswahl aus einer Vielzahl eingereichter Projekte. Verliehen wurden die Preise auf dem Deutschen Betriebsräte-Tag 2014, der in diesem Jahr vom 28. bis zum 30. Oktober in Bonn stattfand. Der DGB ist Kooperationspartner des Betriebsräte-Preises und des Betriebsräte-Tags.

Der Betriebsräte-Preis wird je einmal in den Kategorien Gold, Silber und Bronze verliehen. Außerdem vergibt die Jury vier Sonderpreise, im Jahr 2014 zu den Themen „Beschäftigungssicherung“, „Gute Arbeit“, „Innovative Betriebsratsarbeit“ und „Fair statt Prekär“.



Die Preisträger 2014

Der Gesamtbetriebsrat der BMW AG ist mit dem **Deutschen Betriebsräte-Preis 2014 in Gold** ausgezeichnet worden. Bei BMW wird auf Initiative des Betriebsrats mobile Arbeit außerhalb des Betriebs ebenso behandelt wie Arbeit im Betrieb: Auch mobile Arbeitszeit ist Arbeitszeit – und Beschäftigte haben zu selbst bestimmten Zeiten ein absolutes Recht auf Nichterreichbarkeit für den Arbeitgeber.

Der **Deutsche Betriebsräte-Preis in Silber** ging in diesem Jahr an den Betriebsrat des Kreisverbands Nürnberg-Stadt der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Die AWO gilt nach dem Betriebsverfassungsgesetz als so genannter Tendenzbetrieb, in denen Betriebsräten nicht alle Mitbestimmungsrechte zustehen. Als die Insolvenz drohte, konnte der Betriebsrat nicht nur Kündigungen verhindern, sondern sogar durchsetzen, dass der Arbeitgeber sich wieder der Tarifbindung anschließt und einen Wirtschaftsausschuss einrichtet – also ein Gremium, das dem Betriebsrat in einem Tendenzbetrieb eigentlich gar nicht zugestanden hätte.

Der **Deutsche Betriebsräte-Preis in Bronze** ging an den Gesamtbetriebsrat (GBR) der DB Regio AG Schiene/Bus. Mit dem Projekt "Sicher unterwegs" und entsprechenden Betriebsvereinbarungen setzt sich der (GBR) aktiv für den Schutz von Zugbegleiterinnen und -begleitern ein, die immer wieder Beleidigungen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind.

Preise wurden beim Deutschen Betriebsräte-Tag in Bonn außerdem in folgenden Sonderkategorien vergeben:

- Der Sonderpreis "Fair statt prekär" ging an den Betriebsrat der Meyer Werft, der sich für gute Arbeitsbedingungen für Werkvertragsnehmer/innen einsetzt.
- Der Sonderpreis "Innovative Betriebsratsarbeit" ging an den Betriebsrat der Renolit SE aus Worms, der eine bezahlte Pflegezeit für Beschäftigte durchgesetzt hat, die Angehörige pflegen müssen.
- Der Sonderpreis "Gute Arbeit" ging an die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter bei den Stadtwerken München / Münchner Verkehrsgesellschaft mbH, die eine mitarbeiterorientierte Dienstplanung etabliert haben.
- Der Sonderpreis "Beschäftigungssicherung" ging an den Betriebsrat der Siemens AG, Standort Leipzig.
- Den Publikumspreis erhielt der Betriebsrat der DPD GeoPost GmbH, der sich erfolgreich gegen Outsourcing zur Wehr gesetzt hat.

Weitere Informationen:

Bericht zum Deutschen Betriebsrätepreis auf der Homepage des DGB <http://www.dgb.de/-/r9S>

Der Deutsche Betriebsräte Preis online:

<http://www.bund-verlag.de/zeitschriften/arbeitsrecht-im-betrieb/deutscher-betriebsraete-preis/>

Homepage des Deutschen Betriebsräte-Tages: <http://www.betriebsraetetag.de/>

* * *

Reiner Hoffmann: Mehr Demokratie in der Wirtschaft, Betriebsverfassung weiterentwickeln

Die Offensive Mitbestimmung nimmt Fahrt auf. "Wir brauchen wieder mehr Demokratie in der Wirtschaft", hatte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in seiner Rede zur Eröffnung des Deutschen Betriebsräte-Tags am 28.10.2014 gefordert. „Was wir wollen, ist eine Politik und eine Öffentlichkeit, die Mitbestimmung als Grundbaustein für eine demokratischere Gesellschaft begreifen, akzeptieren und mit uns gemeinsam durchsetzen. Dafür gehen wir in die Offensive, damit wir den mitbestimmungspolitischen Stillstand überwinden“, so Hoffmann weiter.

Hoffmann sprach sich außerdem dafür aus, das Betriebsverfassungsgesetz zu überarbeiten: "In einer Arbeitswelt und einer Gesellschaft, die durch zunehmende räumliche und zeitliche Entgrenzung geprägt ist, muss die betriebliche Mitbestimmung weiterentwickelt werden."

Richtung Politik führte er weiterhin aus: „Wir werden öffentlich für den demokratischen Wert einer starken betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung werben und überzeugen. Gleichgültig wie die nächsten Wahlen ausgehen – die Bundestags- und Europawahl 2017/2018 – keine Partei soll daran vorbeikommen, zu unseren Forderungen klar Stellung zu beziehen und sich für ihre Verwirklichung einzusetzen.“



(Reiner Hoffmann während seiner Rede auf dem Deutschen Betriebsräte-Tag 2014, Foto: Deutscher Betriebsräte-Tag)

Um die strategische Debatte über Mitbestimmung, Demokratie und Beteiligung selbstbewusst und offensiv in die Öffentlichkeit zu tragen, haben Hans-Böckler-Stiftung und DGB zudem ein Memorandum zur Weiterentwicklung der betrieblichen Mitbestimmung vorgelegt, in dem wissenschaftlichen und praktische Erkenntnisse und politischen Forderungen kurz und prägnant zusammengefasst werden.

Weitere Informationen:

Link zur Eröffnungsrede von Reiner Hoffmann auf dem Deutschen Betriebsrätetag vom 28.10.2014
<http://www.dgb.de/-/rDc>

Link zum Memorandum von Hans-Böckler-Stiftung und DGB „Offensive Mitbestimmung
Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung“, Oktober 2014
http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_%202014_02.pdf

Die Societas Unius Personae (SUP): Ein Frontalangriff auf die Unternehmensmitbestimmung und auf seriöse Unternehmensführung

Die EU-Kommission hat am 09.04.2014 den „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter“ vorgelegt. Derzeit wird die SUP in Brüssel im Rat und (beginnend) im Europäischen Parlament beraten.

Der Richtlinienvorschlag enthält u.a. die folgenden Regelungen:

- Satzungs- und Verwaltungssitz dürfen getrennt werden (mit Auswirkung auf die Mitbestimmung)
- Ein Euro Mindeststammkapital verbunden mit dem Verbot einer Verpflichtung zur Rücklagenbildung
- Online-Gründung ohne Identitätsprüfung

Bewertung aus gewerkschaftlicher Sicht

Eine Trennung von Satzungs- und Verwaltungssitz (Ort der Firmenzentrale) würde deutschen Unternehmen die Flucht vor und die Flucht aus der Mitbestimmung ermöglichen. Denn die deutschen Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung setzen am Sitzungssitz (Ort, an dem das Unternehmen registriert ist) an. Insbesondere die 343 bislang paritätisch mitbestimmten und die ca. 700 drittelbeteiligten GmbHs könnten damit aus der Mitbestimmung flüchten. Dazu müsste der Eigentümer sein Unternehmen lediglich in die Rechtsform SUP umwandeln und den Sitzungssitz der neuen SUP in einen EU-Mitgliedstaat ohne Mitbestimmungsgesetze verlegen, z. B. nach Zypern oder in das Vereinigte Königreich (UK). Die Mitbestimmung in Holding- wie Tochterunternehmen könnte ebenso ausgehebelt werden. Die Mitbestimmung gilt nicht erst seit der Krise als Standortvorteil. Daher lehnt der DGB die Vorschläge strikt ab.

Problematisch ist auch der Verzicht auf ein Mindeststammkapital: Dieses bildet eine „Seriositätsschwelle“ für den Rechtsverkehr. Wird lediglich ein Mindeststammkapital von einem Euro vorgesehen, wird die Insolvenzquote zunehmen und weitere Arbeitsplätze werden in Gefahr geraten.

Auch hinsichtlich der Online-Gründung ohne Identitätsprüfung sehen wir schwerwiegende Probleme: In Deutschland stellen die Notare bislang sicher, dass sowohl die Identität und Berechtigung der Anmeldenden, als auch die inhaltliche Richtigkeit der Anmeldung geprüft werden. Wenn jedoch zukünftig jeder beim Handelsregister ein Unternehmen elektronisch und ohne Identitätsprüfung anmelden kann, wird damit betrügerischen Absichten Tür und Tor geöffnet.

Weitere Informationen:

Link zur DGB Stellungnahme zur SUP vom 15.7.2014: <http://www.dgb.de/-/rZN>

Link zum Beitrag zur SUP aus dem Böckler-Impuls 17/2014: http://www.boeckler.de/51698_51706.htm

Link zur Publikation der Hans-Böckler-Stiftung: Mitbestimmung in Europa: Anforderungen an die Politik des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission für 2014 und Folgejahre (mit einem Kapitel zur SUP): http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_aug_2014.pdf

Bei diesem Newsletter handelt es sich um einen Informationsservice der rechtlich unverbindlich ist. Insoweit übernimmt der DGB keine Haftung.

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Reiner Hoffmann
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion: Thomas Fischer, Rainald Thannisch, Abteilung Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik